

Newsletter 17

Juni 2021

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

Die Inzidenzen fallen. Zeit der Hoffnung und Zeit für Perspektiven. Seit der letzten Woche haben in Schleswig-Holstein wieder alle Schüler*innen Präsenzunterricht. Auch wenn sich in diesem Newsletter noch eine Reihe von Informationen auf Auseinandersetzungen mit der Bewältigung der Pandemie beschäftigen, darf und muss der Blick in die Zukunft gerichtet werden. Kinder und Jugendliche gehören zu den Hauptleidenden der Pandemie. Dabei haben sie viel zu ihrer Bewältigung beigetragen. Jetzt ist es Zeit, an sie zu denken. Die Bundesregierung hat ein Zweimilliardenhilfsprogramm aufgelegt, das sie als Aufholpaket bezeichnet. Andere sprechen von einem Nachhilfeprogramm. Angemessen wäre es, von einem Wiedergutmachungs- oder auch Stärkungsprogramm zu sprechen. Unsere Schüler*innen haben nicht nur Lernstoff verpasst, sondern auch psychisch gelitten und soziale Beeinträchtigungen erfahren. Auf keinen Fall darf es nach der Rückkehr in die Schulen so weitergehen wie vor der Pandemie. Dazu sind die aufgezeigten Defizite unseres Bildungssystems zu eklatant. Der Bürgerrat Bildung und Lernen versucht Lösungen zu finden. Wir berichten darüber.

Der renommierte Bildungsforscher Klaus Hurrelmann bezeichnet das Zweimilliardenprogramm in Relation zu während der Pandemie an andere gesellschaftlichen Gruppen geleistete Kompensationen dürftig und beschämend. Dürftig und beschämend ist auch, dass die Fördermittel für die Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang Schule-Beruf gerade jetzt gekürzt werden. Das Gegenteil müsste geschehen. Die berechtigte Empörung einer Schulleiterin sowie einer Schulleiternbeiratsvorsitzenden findet unsere Unterstützung.

Wie es in unseren Schulen nach den Sommerferien weitergehen soll, wollen wir in einer zweiten Online-Konferenz am 2.9.21 mit interessierten Lehrkräften diskutieren. Dazu laden wir herzlich ein.

Wir wünschen allen Leser*innen einen schönen und von der Pandemie möglichst unbeeinträchtigten Sommer.

Dieter Zielinski

IN DIESEM NEWSLETTER

Einladung MV	2
Einladung Online-Austausch	3
Presseinformationen	4
PI Übergang Schule-Beruf	5
Brief einer Schulleiterin	6/7
SEB zum Übergang Schule-Beruf	8
Die Schule für alle	9
100 Jahre Schulreform	10
Schule muss inklusiv werden	11
Neues vom Bürgerrat	12



TERMINE

2.9.2021 Gesprächsforum, Video-konferenz (siehe Vorankündigung in diesem Newsletter)

23.9.21 MV GGG-SH (siehe Einladung in diesem Newsletter)

20.11.2021 BAT und MV GGG-Bund,

Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein

Gemeinschaftsschulverband
c/o Dieter Zielinski
Langeskovweg 11
24222 Schwentimental



Einladung zur Mitgliederversammlung 2021

des Landesverbandes der GGG Schleswig-Holstein
Gemeinschaftsschulverband

**Richard-Hallmann-Schule
Gablonzer Str. 42
24610 Trappenkamp**

Termin: Donnerstag, 23.9.2021

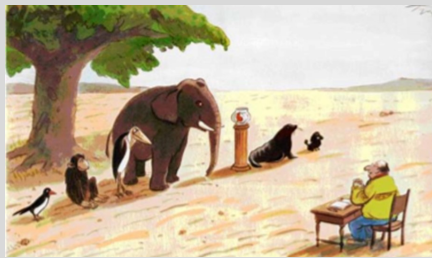
Beginn: 17.00 Uhr

1. Begrüßung

2. Öffentlicher Vortrag mit anschließender Diskussion zum Thema:

„Die extreme soziale Selektivität übersteht das deutsche Schulsystem nicht!“

(Dr. Joachim Lohmann)



3. Durchführung der Tagesordnung der Mitgliederversammlung (ab 18.15 bis 20.15):

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung

TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 4: Genehmigung des Protokolls der MV vom 5.9.2018

TOP 5: Rechenschaftsbericht des Vorstandes

TOP 6: Bericht der Kassenprüfer

TOP 7: Entlastung des Vorstandes

TOP 8: Wahl eines neuen Vorstandes:

Vorsitzende(r),

stellvertretende(r) Vorsitzende(r),

Beisitzer(innen),

Kassenwart,

Kassenprüfer

TOP 8: Diskussion und Verabschiedung von Anträgen: Bisher liegt ein Antrag zur Verabschiedung einer Geschäftsordnung für den Landesverband SH vor ([siehe ggg-web.de](http://www.ggg-web.de))

TOP 9: Verschiedenes



Einladung zum Online-Austausch

Liebe Mitglieder, liebe Schulleiter*innen, liebe Lehrkräfte, liebe Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, liebe Interessierte,

Nach 18 Monaten Pandemie blicken wir zurück und schauen nach vorn:

„Aus den Erfahrungen lernen und neue Ziele formulieren.“

Wir bieten Ihnen wieder Raum und Zeit zu einem Austausch – ganz bequem von zu Hause aus!

Termin:

02.09.2021 von 17.00 Uhr bis ca. 19.00 Uhr.

Melden Sie sich bitte per Mail bis zum **28.08.2021** unter christavonrein@gmail.com an. Wir senden Ihnen rechtzeitig den Link zur Einwahl.

Wir freuen uns auf Sie!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre GGG SH

Christa v. Rein (Mitglied im Landesvorstand)

PRESSE

Presseinformation: „Morddrohungen gegen Eltern-Vertreter“

Am Montag, d. 12.4.21, machten die Elmshorner Nachrichten mit der Schlagzeile „Morddrohungen gegen Eltern-Vertreter“ auf die Auseinandersetzung aufmerksam, die zwischen Eltern um die vom Bildungsministerium verordnete Testpflicht an den Schulen Schleswig-Holsteins entbrannt ist. Nach den Osterferien sollen alle Schüler*innen als Voraussetzung für eine Teilnahme am Unterricht verbindlich an zwei Selbsttests in der Woche in der Schule teilnehmen.

Der Landeselternbeirat für Gemeinschaftsschulen, vertreten durch seinen Landesvorsitzenden Thorsten Muschinski, unterstützt die Entscheidung des Bildungsministeriums und hat dies auch in einer Pressemitteilung kundgetan. Natürlich kann und darf man auch anderer Meinung sein, dafür Argumente haben und diese in die Debatte einbringen. Unsere Demokratie lebt von Diskussion und Beteiligung. Entscheidend ist allerdings, wie die Debatten geführt werden und wie letztlich Ergebnisse respektiert werden, die in einem demokratischen Verfahren von den Entscheidungsträger*innen getroffen werden.

[hier die vollständige Presseinformation](#)

PRESSE

Presseinformation: Schulbeginn nach den Osterferien: Worauf es jetzt ankommt!

Mit der erhofften Rückkehr zu einem regulären Schulalltag kann es nach Auffassung der GGG kein weiter so wie vor der Pandemie geben. Zu gravierend waren die von der Pandemie offengelegten Defizite unseres Bildungssystems. Diese reichen vom mangelhaften Zustand vieler Schulen bis zu einer schreienden Bildungsungerechtigkeit. In unserer Presseinformation erklären wir, was jetzt unbedingt geändert werden muss.

[hier die vollständige Presseinformation](#)

PRESSE

Presseinformation: Gemeinschaftsschulen im Aufwind: Eltern wollen mehr Oberstufen

Aus den gerade vom Bildungsministerium veröffentlichten Zahlen der Übergänge von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein geht eine außerordentliche Wertschätzung der Eltern für die Gemeinschaftsschulen hervor. Nahezu 56% der Schüler*innen dieses Jahrgangs wurden an den Gemeinschaftsschulen angemeldet, das sind ca. 1% mehr als im Jahr zuvor. Eltern wissen es zu schätzen, dass Gemeinschaftsschulen bei bestmöglicher Förderung sensibel auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Kinder reagieren.

[hier die vollständige Presseinformation](#)

Unterstützung für den Übergang Schule - Beruf wird gekürzt – mit dramatischen Folgen

Zum 31.7.2021 läuft das aus EU-Mitteln geförderte Handlungskonzept Plus aus. Finanziert werden damit Coaches, die Schüler*innen aus Gemeinschaftsschulen beim Übergang von der Schule in den Beruf beraten und begleiten. Es handelt sich um Jugendliche, die den Ersten allgemeinbildenden oder Mittleren Schulabschluss erreichen, jedoch in der Vorabgangsklasse ohne berufliche Orientierung sind, sowie leistungsschwache Regelschüler*innen, die den Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss im Rahmen einer Flexiblen Übergangsphase anstreben. Schon vor einem Jahr waren die Mittel aus dem Programm für diese sinnvolle und effektive Maßnahme stark gekürzt worden. Die Schulen behelfen sich kompensatorisch sofern möglich mit Mitteln aus anderen Unterstützungsprogrammen, wie z.B. dem Perspektivschulprogramm, in der Annahme, dass die Kürzung wie angekündigt nur ein Übergangsjahr betreffe.

Wie die Schulen jetzt auf Nachfrage erfahren, wird das bisherige Handlungskonzept Plus durch das Handlungskonzept Step ersetzt. Mit der Konsequenz, dass es bei einer gekürzten Mittelzuweisung bleibt und dass der Kreis der berücksichtigungsfähigen Schülerinnen und Schüler stark eingeschränkt wird. **Damit werden die Mittel für eine Adressatengruppe gekürzt, die durch die Corona-Pandemie besonders betroffen ist und dringend professionelle Hilfe benötigt.**

Diese Hilfe kann von den Lehrkräften nicht allein geleistet werden. Die durch die Pandemie fast vergessenen Jugendlichen stammen oft aus Elternhäusern, die ihnen nicht helfen können oder wollen. Sie stammen aus Familien mit Migrationshintergrund, für die und deren Eltern das System in Deutschland so schwer zu verstehen ist, dass sie intensiv beraten werden müssen. Hinzu kommt, dass die Familienhelfer*innen die bedürftigen Familien während des Lockdowns nur sehr eingeschränkt betreuen konnten. Auch die normalerweise von den Schulen angebotenen Berufsorientierungsmaßnahmen wie z.B. Betriebspraktika und Berufsberatung konnten nicht in gewohnter Weise durchgeführt werden.

Eine kompetente Beratung und Begleitung im Übergang Schule-Beruf gründet auf guten Beziehungen der Schüler*innen zu ihren Berater*innen, die personelle und zeitliche Kontinuität erfordern.

Wir fordern:

Mehr Mittel für die Begleitung von Schüler*innen beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Aufhebung der Abhängigkeit der Mittel von Förderrichtlinien und Förderzeiträumen.

Ermöglichung von langfristigen Arbeitsverträgen für die Coaches.

Unsere Schulen brauchen die Sicherheit, Berufsorientierung in der Schulentwicklung langfristig planen und umsetzen zu können. Schüler*innen und Eltern brauchen verlässliche Partner.

25.5.21

Brief einer Schulleiterin

Strukturelle Bildungsungerechtigkeit für Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein im Übergang Schule –Beruf

Das Handlungskonzept Plus endet zum 31.7.2021. Jetzt wird ganz neu das Folgeprojekt Handlungskonzept Step ausgeschrieben. Träger dieser Maßnahmen im Coaching von bedürftigen Schüler*innen ist für unsere Schule die WAK in Elmshorn.

Vor einem Jahr wurden die Finanzmittel sehr gekürzt, man sprach von einer Interimsphase von einem Schuljahr, nach dem die Ressource wieder erhöht werden sollte.

Bei uns an der Anne-Frank-Schule bedeutet das konkret:

Hatten wir im Schuljahr 2019/20 noch 1,5 Stellen für Coaching durch die WAK, reduzierte sich die Ressource für 2020/21 auf 0,5 Stelle. Die Anzahl der Schüler*innen, die Unterstützung brauchen, ist eher mehr als weniger geworden.

Wir hatten die Hoffnung, dass wir ab 2021/22 wieder mit mehr Unterstützung rechnen könnten, weil uns und auch den Coaches versprochen wurde, dass die Stunden wieder erhöht werden.

Jetzt haben wir auf Nachfrage die Information erhalten, dass das Folgeprojekt Handlungskonzept Step nur halb so viel Ressource hat, wie das diesjährige Handlungskonzept Plus. Danach werden nur die Schüler*innen Anspruch auf ein Coaching haben, die in einer Flexmaßnahme sind oder einen Schwerbehindertenstatus. Zusätzlich können Träger Mittel für Kurzzeitcoaching beantragen.

Als Schulleiterin einer Perspektivschule entsetzt mich, dass so ich kurz vor Projektende nur auf Nachfrage diese Informationen erhalten habe.

Uns besorgt diese Situation zutiefst, dass Mittel für eine Adressatengruppe gekürzt werden, die durch Corona noch einmal mehr bedürftig ist.

Wir konnten aus Mitteln der Perspektivschule einen Coach in Vollzeit zusätzlich einstellen. Eigentlich sollte diese Stelle auch grundsätzliche Strukturen zur Verbesserung des Übergangs aufbauen und mit unterschiedlichen Programmen ab Klasse 5 die Berufswahl vorbereiten. Jetzt ist sie nahezu ausschließlich mit „Notfalleinsätzen“ beschäftigt. Damit ist unserer Schule nicht langfristig geholfen. Beide Coaches (zusammen 1,5 Stellen) schaffen es momentan nicht, den Bedarf zu decken.

Wir haben eine hohe Zahl an Schüler*innen mit Förderbedarfen (die nicht schwerbehindert sind), wir haben eine hohe Zahl an Schüler*innen mit Migrationshintergrund, für die und für deren Eltern das System in Deutschland so schwer zu verstehen ist, dass sie intensiv beraten werden müssen.

Zudem hören wir, dass Familienhelfer*innen die Betreuung der bedürftigen Familien während des Lockdowns nur sehr eingeschränkt wahrnehmen konnten.

Wir haben viele Schüler*innen aus Elternhäusern, die ihnen nicht helfen können oder wollen. Diese Schüler*innen brauchen professionelle Hilfe.

Die Beratung durch die Agentur für Arbeit ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Bei uns in Elmshorn sind die Beraterstellen vakant und aktuell nur mit wechselnden Vertretungen besetzt. Aus Pandemiegründen konnten zusätzlich viele Testungen (PEU: Psychologische Eignungsuntersuchung) und Beratungen nicht stattfinden.

Aus Pandemiegründen hatten unsere 8.-Klässler Probleme, ihr Betriebspraktikum vor den Osterferien zu machen. Das Praktikum im September als 9. Jahrgang erweist sich als schwierig vorzubereiten: Die Schüler*innen waren von Dezember bis Anfang Mai im Distanzlernen. Die unterrichtliche Vorbereitung auf die Praktika konnte nur sehr eingeschränkt stattfinden. Selbst motivierte und engagierte Schüler*innen bekommen Absagen von Betrieben. Nahezu alle BO-Veranstaltungen sind ausgefallen. Messebesuche, Berufshorizonte, Bewerbungstraining, Stärken-Parcours und und und.

Fortsetzung nächste Seite

Es gab zwar diverse Online-Alternativen wie die Nachtschwärmer Jobtour "digital" oder den Nordjob Videochat, aber aufgrund des Distanzunterrichtes war es kaum möglich die Schüler dazu zu motivieren/Verbindlichkeit zu erzeugen oder zu kontrollieren, ob die Schüler tatsächlich teilgenommen haben, da sie von zuhause hätten teilnehmen müssen.

Diese Kinder müssen noch intensiver betreut werden. Das ist im Unterricht nicht allein von Lehrkräften zu leisten, weil sie vor allem auch Lerndefizite aufarbeiten müssen.

Die Betreuung dieser Schüler*innen durch die Coaches läuft parallel zur Unterstützung der Abschluss-Schüler*innen, die noch keine Anschlussperspektive haben. Nur eine Zahl: Es sind 42 Schüler*innen für das AV-SH angemeldet, weil sie nichts Anderes gefunden haben oder sich nicht gekümmert haben. Viele, die in der Luft hängen, bitten um Beratungstermine. Unsere beiden Coaches sind überaus engagiert, sie sind sehr gut vernetzt und arbeiten eng mit den Kooperationspartnern zusammen. Aber ihre Arbeitszeit ist begrenzt und reicht nicht aus.

Kurz: Es ist eine viel größere Personalressource notwendig, um erfolgreich alle Schüler*innen im Übergang Schule-Beruf zu begleiten. Die Kürzung ist nicht nachvollziehbar: Wir verlieren gerade ganze Jahrgänge!

Wir sind in sehr großer Sorge und wünschen uns schnellstmögliche Informationen über alle Unterstützungsmaßnahmen, die im nächsten Schuljahr machbar wären.

Eine gute Beratung und Begleitung im Übergang Schule – Beruf gründet auf guten Beziehungen der Schüler*innen zu den Berater*innen. Das ist nur bei personeller und zeitlicher Kontinuität möglich.

Politisch wäre daher meine Forderung: Es müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die nicht mehr abhängig sind von Förderrichtlinien oder Förderzeiträumen, damit nach 3 Jahren nicht immer neue Projekte starten. Die Coaches brauchen die Sicherheit von langfristigen Arbeitsverträgen (aktuell: maximal 1 Jahr mit wechselnden Stundenzahlen), die Schulen brauchen die Sicherheit, Berufsorientierung in der Schulentwicklung langfristig planen und umsetzen zu können. Schüler und Eltern brauchen verlässliche Partner, die durch Kontinuität vernetzt und erfahren in ihrem Bereich sein können.

Maren Schramm (Mitglied GEW und GGG und Schulleiterverband)

Zum Brief von Maren Schramm (siehe Seiten 6/7) eine Stellungnahme des Schulelternbeirats der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule in Elmshorn

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, der Schulelternbeirat, unterstützen die politische Forderung unserer Schulleitung aus tiefstem Herzen.

Wir sind entsetzt darüber, dass so ein wichtiges Projekt wie das Handlungskonzept Plus einfach durch ein Folgeprojekt zum 31.07.2021 einfach abgelöst werden soll, bei dem dann die finanziellen Mittel stark gekürzt werden, was ein Wegfall bzw. Abbau der Coachingstellen durch das WAK Elmshorn zur Folge hat.

Wir befinden uns mitten in der Coronapandemie. Neben schwierigen Elternhäusern, Migrationshintergrund und Kinderarmut stellt für viele Schüler und Schülerinnen ein erfolgreicher Schulbesuch eine große Hürde dar. Die berufliche Orientierung ist dadurch sehr schwierig und oftmals nicht möglich.

Das zukünftig nur noch Schüler und Schülerinnen mit Schwerbehindertenstatus oder Teilnehmer einer Flexmaßnahme ein Coaching erhalten sollen, ist nicht nachvollziehbar und auch nicht hinnehmbar.

Es kann nicht sein, dass Kürzungen immer zum Nachteil unserer Kinder ausgetragen werden und zusätzlich auch auf dem Rücken der Lehrkräfte, die an unserer Schule im vergangenen Coronajahr wirklich über das Maß hinaus viel geleistet haben.

Es gibt ein Lied von Rolf Zuckowski, es sagt genau das:

Deutschland- deine Kinder stellen Fragen, ist morgen für Dich mehr als nur ein Wort?

Machst Du ihnen Mut, den Blick nach vorn zu wagen? Oder stiehlst du dich aus ihren Träumen fort?

Wirst Du ihre Freiheit nutzen, ihre Flügel nie mehr stutzen und ihren Köpfen nie mehr Mauern bauen?

Zu viele Chancen wurden schon verpasst-

Deutschland, deine Kinder sind das Beste was Du hast !

Einsparungen wie diese machen sprachlos und auch wütend.

Liebe Verantwortliche, unseren Kindern gehört die Zukunft. Bitte lassen Sie uns alle mithelfen, dass sie durch gute Maßnahmen und bereitgestellte finanzielle Mittel eine Chance bekommen, sich eine Zukunft aufzubauen. Und dass unsere Kinder vor allem eines können: Den Blick nach vorn wagen.

Im Namen des Schulelternbeirates der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule Elmshorn

Ulrike Dierks

Die Schule für alle

Demokratie

Demokratische Schule – Schule der Demokratie

Würde achten
solidarisch handeln
gehört werden teilhaben sich einigen
mitbestimmen zuhören

verantwortlich sein mitentscheiden
aktiv mitmachen **Gleichberechtigung** wählen
selbstbestimmt handeln diskutieren sich engagieren
Chancengleichheit anerkennen abstimmen
menschlich sein auseinandersetzen inklusiv handeln
protestieren **Bildungsgerechtigkeit** Anderssein respektieren
Potential entfalten Rechte wahrnehmen
Pflichten einüben Transparenz zeigen
Lebensraum gestalten
frei sein
...

Das Magazin

GGG

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

:

Nach dem Erscheinen als Download auf www.ggg-web.de verfügbar. Druckexemplare können über den Landesverband SH bestellt werden: dieterzielinski@ggg-web.de

Preis für Nichtmitglieder: 8 €; Mitglieder erhalten ein kostenloses Exemplar. Für zusätzlich bestellte Hefte werden 5€ in Rechnung gestellt.



Die Broschüre kann zum Preis von 5€ zuzüglich Portokosten bei der GGG bestellt werden. Die Presseerklärung des Bündnisses zur Veröffentlichung der Broschüre finden Sie auf der nächsten Seite.



18. Mai 2021

Blinde Flecken der Corona-Politik: Schule muss inklusiv werden

Bündnis „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“ veröffentlicht Broschüre zu 100 Jahre Schulreform

Frankfurt a.M. – Das Bündnis „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“ macht sich für einen Kurswechsel in der Politik stark und mahnt die inklusive Schule für alle Kinder an. „Die Corona-Schulpolitik ist kurzfristig, betriebs- und geschichtsblind. Die Probleme, die den Umgang mit der Pandemie erschweren, lassen sich weit in die deutsche Vergangenheit zurückverfolgen“, sagte Ilka Hoffmann, Vorstandsmitglied Schule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit Blick auf die Veröffentlichung einer Broschüre zu 100 Jahren Schulreform in Deutschland. „In der Corona-Krise haben wir die Erfahrung gemacht, dass Schulen, die das selbstständige und inklusive Lernen der Schülerinnen und Schüler fördern und Vielfalt wertschätzen, besser für die Herausforderungen der Pandemie gerüstet waren. Das zeigen auch die aktuellen Preisträger-Schulen des Deutschen Schulpreises.“

Die Broschüre des Bündnisses mache deutlich, dass das Schulsystem der Zukunft – vor allem angesichts der Pandemie-Erfahrungen – gerechter, inklusiver und demokratischer werden muss. „Über Fragen des Gesundheitsschutzes, der Digitalisierung oder des Aufholens von ‚Lernrückständen‘ hinaus müssen die Kultusministerien endlich auch die selektiven und benachteiligenden Strukturen und Routinen abbauen, um das Schulsystem krisenfest und gerechter zu machen“, betonte Hoffmann.

Die Veröffentlichung „1920 – 2020. Schulreform in Deutschland – Eine (un)endliche Geschichte?!“, die Marianne Demmer, ehemaliges langjähriges GEW-Vorstandsmitglied, im Rahmen der Schriftenreihe des Bündnisses verfasst hat, zeigt aus historischer Perspektive die Gründe für die „steckengebliebene“ Schulreform in Deutschland auf. Reichsschulkonferenz und die Schulkompromisse der Weimarer Republik jähren sich 2020 zum 100. Mal.

„100 Jahre sind Anlass genug, innezuhalten und endlich Konsequenzen zu ziehen. Die Probleme und Argumente gegen ein gerechteres Schulsystem und inklusivere Strukturen ähneln sich leider bis heute“, betonte Dieter Zielinski, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens (GGG). „Unsere Broschüre zeigt, wie tief das gegliederte Schulsystem mit dem zusätzlichen Sonderschulsystem noch im ständischen Denken des vorletzten Jahrhunderts verankert ist“, sagte Zielinski. „Die Gesamt- und Gemeinschaftsschulen sind weiterhin die Stiefkinder der deutschen Schulpolitik, obwohl sie nachweislich alle Lernenden gut fördern und es am ehesten schaffen, den Lernerfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln“, stellte er fest. „Noch immer werden Kinder in Deutschland zu früh selektiert“, kommentierte Edgar Bohn, Vorsitzender des Grundschriftverbands, die Veröffentlichung. Deutschland hinke in Sachen Schulstruktur und Schulorganisation weiter anderen Ländern hinterher, in denen die Kinder viel länger gemeinsam lernen, ergänzte der Grundschrift-Experte. „Das setzt die Grundschule, die vergleichsweise gut mit Vielfalt umgeht, unnötig unter Druck. Es kann nicht sein, dass bereits zehnjährigen Kindern signalisiert wird, welche Berufe für sie in Frage kommen. Zu den ‚blinden Flecken‘ der Corona-Politik gehört die Vererbung von Bildungsprivilegien und Bildungsarmut. Damit muss endlich Schluss sein“, so Bohn.

Aus Sicht des Bündnisses „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“ hätten die Kultusministerinnen und -minister mit ihrer „Ländervereinbarung“ vom Oktober vergangenen Jahres und ihrem Pandemie-Fokus auf Übergänge, Abschlüsse und Leistungen ein weiteres Mal signalisiert, dass sie die selektiven und benachteiligenden Strukturen im Schulwesen nicht in Frage stellen.

Zukunft Bildung:

Neue Perspektiven für die deutsche Bildungspolitik

Homeschooling, geschlossene Hörsäle und Kitas, fehlende Lehrkräfte, immer weniger Ausbildungsplätze und digitaler Rückstand: In der Pandemie werden die Schwächen unseres Bildungssystems besonders sichtbar. Was lernen wir aus der Krise? Und was muss getan werden, um Bildung hierzulande zukunftsfähiger zu gestalten? Der Bürgerrat Bildung und Lernen entwickelt Ideen für ein zukunftsfähiges Bildungssystem und gibt sie als Empfehlungen in die Politik.



Wie funktioniert der Bürgerrat Bildung und Lernen?

International gelten Bürgerräte als geeignetes Instrument, um Bevölkerung und Politik wieder näher zusammenzubringen und so bessere politische Ergebnisse zu erzielen. Die Idee: Statt gesellschaftlich wichtige Frage ausschließlich auf parlamentarischer Ebene zu diskutieren, sind auch Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv in die Suche nach Lösungsansätzen einbezogen. Damit in dem mehrstufigen Prozess ein Querschnitt der Bevölkerung zu Wort kommt, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Bürgerräten anhand demografischer Daten per Losverfahren ermittelt.

Beim Bürgerrat Bildung und Lernen beraten ausgeloste Bürgerinnen und Bürger über Wege aus der Bildungskrise: Über 500 zufällig ausgeloste Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland beraten in den kommenden Monaten im Bürgerrat Bildung und Lernen darüber, was getan werden muss, um die Situation in Schulen, Kitas, Ausbildungsstellen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen zu verbessern. Im November werden die Ideen und Empfehlungen des Bürgerrats Bildung und Lernen den Verantwortlichen der Politik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene übergeben.